

apflspalten

Impressum: Offenlegung gemäß §23 des Mediengesetzes. Herausgeber: ÖLI-UG Landesgruppe Wien-apflug, Medieninhaberin und für den Inhalt verantwortlich: Gabriele Bogdan. Redaktionelle Betreuung: Kurt Muck. Alle per Adresse: 2484 Weigelsdorf, Schotterweg 14. e-mail: gaby.bogdan@aon.at



Wer hätte gedacht, dass um uns LehrerInnen wieder so ein G'riss ist!
Darum: Ob Land oder Bund - Hauptsach g'sund.

Die Baustelle „Bildungs- bzw. Schulsystem“ ist eine große. Angesichts der vielen veränderungswürdigen Bereiche ist das von manchen Landeshauptleuten losgetretene Problem der Zuständigkeit für alle LehrerInnen ein kleines. Es ist eher eine Nebelbombe, die die Sicht fürs Wesentliche verstellen soll.



Eiertanz um Schulreform



Gaby Bogdan,
*apfl-Personalvertreterin im
Zentralausschuss der
Wiener LehrerInnen*

Gehrerismus“ ohne Ende

Vier Jahre sind es nun schon, dass die wahre Schreckensherrschaft der Frau Gehrler endete und sogar viele SympathisantInnen der VP-Schulpolitik aufatmeten. In „Rotkreisen“ wurde die neue Ministerin als Lichtgestalt gehandelt und man muss zugeben, die Mehrheit der KollegInnen dachten: Jetzt wird's besser.

Zuerst dachten viele, es würden die erlassmäßigen Grauslichkeiten der Gehrerära zurückgenommen, wie zum Beispiel die oftmalig durchgeführten Stundenstreichungen (schließlich wettete die SP damals dagegen).

Aber nichts dergleichen geschah.

Wir erinnern uns, dass die KlassenschülerInnenzahlen gesenkt, die Ganztagsbetreuung ausgebaut und die „Neue Mittelschulen“ eingeführt werden sollten. Das Geld im Ressort reichte nicht.

Jede/r sollte sich auch noch an den Vorschlag der **Arbeitszeitverlängerung** um 2 Stunden ohne Entgelt erinnern, um wenigstens Teile der Vorhaben umzusetzen. Wir erinnern uns auch noch an die Aufhetzungen via Medien, wo wieder einmal die LehrerInnen als arbeitsunwillig hingestellt wurden - unsolidarisch denen gegenüber, die in der Privatwirtschaft um ihre Arbeit bangen müssten, obwohl sie sowieso nur HalbtagsarbeiterInnen und notorische FerienmacherInnen wären.

Wie die **Gewerkschaft**, die sich zurecht gegen diese Lehrpflichterhöhung auflehnte in Bausch und Bogen als Verhinderer einer modernen Schule desavouiert wurde, die reflexartig zu jeder Neuerung ein kategorisches NEIN herausbrüllt.

Und wir haben nicht vergessen, dass all das von einer sozialdemokratischen Ministerin losgetreten wurde.

Eins vor , zwei zurück

Dass die **Arbeitsbedingungen** für LehrerInnen und SchülerInnen in der Regelschule nicht die besten sind, ist für niemandem ein Geheimnis. Das gehört jedenfalls geändert. Dass das ganze **zweigleisige System** krankt, ist nur mehr den härtesten Ignoranten nicht einsichtig. Und davon legen aber in der ÖVP in den letzten Jahren (um nicht zu sagen Jahrzehnten) zahlreiche Funktionäre Zeugnis ab. Die starre Haltung gegen eine Neuorientierung des Bildungswesens ist anscheinend in Stein gemeißelt. Darüber können auch die vereinzelt zaghaften Stimmen, die in letzter Zeit in der ÖVP für eine gemeinsame Schule laut wurden, nicht hinwegtäuschen.

Es ist nämlich eine gängige **politische Praxis** der (nur?) österreichischen Konservativen. Alles Neue vorerst abschmettern. Abwarten was der politische Gegner damit macht. Wenn man merkt, dass die Halsstarrigkeit dem Gegner nützt, einen der 3 Bünde links blinken lassen. Dann freuen sich alle, dass sich die ÖVP „bewegt“, obwohl die Bewegung nur in einem Schritt vorwärts und zwei zurück besteht.

Da die SP aber bisher kein Durchsetzungsvermögen zeigte, sind die Chancen einer durchgreifenden Erneuerung eher gering.



Bildungsstandards -

Ein dynamisches Instrument der Unterrichts- und Schulentwicklung
oder die neue (euphemische) Formel zur Verhinderung päd. Reformen?



Beatrix Halama,
KMS Glasergasse,
apfl-Personalvertreterin
im 5. IB



Helmut Breit,
WMS, Kauergasse,
apfl-Personalvertreter
im 4. IB

Zum Ziele der Beantwortung dieser Frage haben wir die, vom Bundesinstitut für Bildungsforschung (bifie) für das Unterrichtsfach Mathematik zur Verfügung gestellten Diagnoseaufgaben (7. Schulstufe) begutachtet.

Das, diesen Aufgaben zu Grunde liegende „Kompetenzmodell“ will den Eindruck erwecken, eine umfassende Kompetenzdiagnose zu erstellen. Es sollen „prozessorientierte Modellvorstellungen“ sein, die über den nachhaltigen Erwerb von Kompetenzen Aufschluss geben. Bei Durchsicht der Beispiele ist uns, wenig überraschend, aufgefallen, dass ausschließlich eine Testung der kognitiven Kompetenzen - und das ohne Rücksicht auf Heterogenität, erfolgt. Der Begriff „Kompetenzmodell“ wird im übrigen hier völlig unzureichend definiert und unserer Ansicht nach bestenfalls als begriffliches Feigenblatt verwendet. Kompetenz umfasst nämlich die ganze Person, nicht nur die Qualifikation.

Für unsere KMS/WMS-SchülerInnen aus Wien, die viele verschiedene Muttersprachen (teilweise nur rudimentär) beherrschen, sich auf drei verschiedenen Sprachkompetenz/ - bzw. Leistungs-/ -stufen befinden, nach drei verschiedenen Lehrplänen zu unterrichten sind und außerdem aufgrund ihrer psychosozialen

Benachteiligungen zu einem hohen Prozentsatz von PsychagogInnen, PsychologInnen und SozialarbeiterInnen betreut werden, ein denkbar ungeeignetes Instrument! So haben die meisten unserer benachteiligten SchülerInnen auf die, vom bifie online angebotenen Diagnosebeispiele frustriert und demotiviert reagiert. Kein Wunder, wenn man bedenkt, dass nahezu alle Aufgaben sprachliche Fähigkeiten voraussetzen, die viele SchülerInnen mit Migrationshintergrund einfach (noch) nicht haben.

Durch individualisierten Unterricht haben wir bisher diese SchülerInnen bei ihren Lernprozessen so begleitet, dass sie unter Berücksichtigung ihres Entwicklungsstandes gefördert wurden. Das, den Bildungsstandards vorangestellte Diagnoseinstrument, testet Leistungen, indem Aufgaben, von ALLEN SchülerInnen undifferenziert, ohne Rücksichtnahme auf deren unterschiedlichen Bedürfnisse und Erfordernisse unter gleichen Bedingungen zu lösen sind.

Auch diese Erkenntnis ist wenig überraschend. Ist es doch ein wesentliches Kriterium von Standards, vergleichbare Ergebnisse zu liefern. Problematisch dabei erscheint uns, dass vergleichbare Ergebnisse von Kindern gefordert werden, die in ihrer eingangs erwähnten Heterogenität ganz

unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen. Der Begriff der „Testfairness“ scheint hier vergessen worden zu sein.

Unsere SchülerInnen sollten durch Individualisierung und Differenzierung optimal gefördert werden. Dieses relativ neue Qualitätsmerkmal (vom bmukk) soll nicht nur den Erwerb von kognitiven, sondern auch den Bereich der sozialen, persönlichen, kommunikativen, methodischen, gestalterischen, medialen,... Kompetenzen umfassen. Bildungsstandards, die sich zu Unrecht als solche bezeichnen, sich in Wirklichkeit aber als reine Leistungsstandards enttarnen, verführen dazu, den Unterricht in Richtung Erfüllung dieser Testaufgaben zu determinieren. Zudem droht die Vielfalt der Methodischen Zugänge und thematischen Schwerpunkte homogenisiert zu werden - ein pädagogischer Rückschritt!!! - der sich noch dazu als Wolf im Schafspelz zur großen pädagogischen Errungenschaft im Kampf gegen das schlechte Abschneiden bei diversen bildungsvergleichenden Studien hochjubeln lässt! Die Beschränkung auf kognitive Leistungsstandards zu Ungunsten von interdisziplinären, sozialen, kommunikativen und personalen Fähigkeiten, gegründet auf einem „fadenscheinigen Kompetenzbegriff“ lenkt ab von unterlassenen längst überfälligen Reformen! (die da wären: Maßnahmen gegen die Selektivität des Schulsystems, Bereitstellung von Ressourcen für individuelle Förderung und Akzeptanz statt Ignoranz gegenüber der Andersheit).

Im Sinne der Bildung wäre es zielführend für Standards im Bereich des pädagogischen Handelns und schulischer sowie systemischer förderlicher Rahmenbedingungen zu sorgen!

Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass in Deutschland, nicht zuletzt aufgrund der schwachen PISA-Ergebnisse, der pädagogische Zug ebenfalls Richtung Bildungsstandards unterwegs ist. Der große Unterschied ist allerdings die viel

breitere Diskussion über diesen Schritt. So formulierten bereits 2005 führende BildungsexpertInnen die „Frankfurter Einsprüche gegen die technokratische Umsteuerung des Bildungssystems“ und sorgten damit für eine große öffentliche und fachliche Resonanz. Diese kritische Auseinandersetzung findet in Österreich einfach nicht statt. Mit ein Grund dafür ist sicherlich die Involvierung der Bildungsforschungsinstitute und ähnlicher Einrichtungen in die Umsetzung der Bildungsstandards und die damit verbundene großzügige Ressourcenverteilung.



Warenkorb - *eine unglaubliche Geschichte!*



Michaela Pollak,
*KMS Carlberggasse,
apfl-Personalvertreterin
im 16. IB*

Was war passiert?

Ich war voriges Jahr auf der *Interpädagogica* in Wien. Beim Kholverlag entdeckte ich Material, dass ich für meinen Unterricht gut gebrauchen könnte. Ich bestellte um mehr als 50€ Material. Dieses wurde mir mit Rechnung zugeschickt. Ich gab die Rechnung in der Direktion ab und dachte der Fall sei für mich erledigt! Falsch gedacht! Anfang September wurde ich in die Direktion geholt und mir wurde mitgeteilt, dass Rechnungen aus Deutschland (der Kholverlag ist so wie viele andere Verlage auch ein deutscher Verlag) von der Magistratsabteilung für den Warenkorb nicht bezahlt werden.

Für mich ist das nicht zu verstehen zumal

1. wir in der EU sind und „der freie Handel zwischen ihren Mitgliedsstaaten ein Stützpfeiler der Gründung der EU vor 50 Jahren“ war (Zitat aus dem Portal der Europäischen Union europa.eu/pol/comm/index/_de.htm; EU Vertrag Artikel 31))
2. wir dieselbe Währung haben (keine schwierigen Umrechnungen)
3. viele Verlage aus Deutschland sind (z.B.: Verlag an der Ruhr)

Mittlerweile habe ich mich schlau gemacht und herausgefunden, dass viele deutsche Verlage einfach ihre Waren von einem österreichischen Verlag vertreiben lassen. Ändert das jetzt die Materialien???

Für mich ist die Geschichte gut ausgegangen, da unser Elternverein so nett war und die Rechnung übernommen hat.

Die Frage ist doch, warum auf der Interpädagogica Verlage ausstellen, bei denen man dann nichts kaufen darf. Oder geht man wieder einmal davon aus, dass ein Lehrer seine Unterrichtsmaterialien selbst bezahlen soll?

Weiters kann ich allen KollegInnen nur empfehlen, Rechnungen für den Warenkorb bar zu bezahlen. Bezahlt man nämlich mit EC Karte muss man einen zusätzlichen Beleg beilegen. Hat man diesen nicht, so wird verlangt, dass man einen Kontoauszug beifügt.

PISA?

Die Konsequenz kann nur eine tiefgreifende

Schulreform

sein!



Martin Muck,
*apfl-Personalvertreter
im 7. IB*

Immer nach einer Pisa-Studie wird von den Politikern gleich reagiert. Man sucht den oder die „Schuldigen“. Peinlichst wird darauf geachtet, dass kein Verdacht aufkommt, das Bildungs- bzw. Schulsystem sei rückständig und unsozial. Da werden die SchülerInnen als Versager dargestellt, die Tests in Frage gestellt und die KindergärtnerInnen und Volks- bzw. HauptschullehrerInnen als unfähig hingestellt. Nach guter alter Praxis werden Interessensgruppen gegeneinander ausgespielt nach dem Motto - **teile und**

herrsche! Die quotengierigen Medien spielen mit. Der Blick auf die Wurzel des Problems wird so erfolgreich verschleiert.

Fast ganz Europa ist schon längst zur Erkenntnis gelangt, dass eine ganztägig geführte Gesamtschule ein Garant für ein erfolgreiches Bildungssystem ist. Österreich bleibt eins der drei Gallischen Dörfern im Bildungswesen Europas. Reformresistente Teile der ÖVP verhinderten bis zur Stunde eine grundlegende soziale und demokratische Bildungsreform. Aus parteitaktischen Gründen hat bis jetzt die SPÖ, trotz Bekenntnis zur Gesamtschule, darauf verzichtet, für die Reform mobil zu machen. So wurden in den letzten Jahren ständig Kürzungen im Bildungsbereich hingenommen. Einen echten Durchbruch brachte auch die jetzige SP-

Bildungsministerin leider nicht. Auch sie beugt sich dem Spardiktat und vor allem dem konservativen Postulat, dass an der Langform der AHS nicht gerüttelt werden dürfe. Somit sind alle Schulversuche keine evaluierungswürdigen Projekte.

Zynismus pur läßt der ÖVP-Obmann vernehmen, als er beteuerte das Wort Gesamtschule schon nicht mehr hören zu können. Schließlich sei ja die Volksschule seit jeher eine Gesamtschule und die Kinder könnten trotzdem nicht lesen. Also hätte dieses System versagt und sei daher nicht wert eingeführt zu werden. Wertete man diese Aussage nicht als zynisch müsste man sie als nicht sehr kenntnisreich einstufen. Denn genau die frühe Selektion nach 4 Jahren VS und die Abschöpfung der aufnahmebereiten SchülerInnen durch die AHS (mit anschließender Abschiebung der weniger begabten in die HS bzw ASO) ist das Problem.



INKLUSION



Ilse M. Seifried,
*apfl-Personalvertreterin im
17. IB*

Inklusive Pädagogik steht für die Idee einer Schule für alle, in der kein Kind fürchten muss, aufgrund besonderer Schwächen bzw. Stärken weniger akzeptiert oder gar aus der Gemeinschaft ausgeschlossen zu werden.

Prof. Dr. Ewald Feyrer

Die gute Nachricht zuerst: In Österreich gibt es das Recht auf Bildung für *Behinderte*. Verbrieft durch die Ratifizierung einer UN-Konvention. (2008) Sie verspricht Chancengleichheit in einem integrativen Bildungssystem. Ein so genannter Monitoringausschuss wurde installiert. Dessen Mitglieder sind sich einig, dass die Sonderschule abgeschafft werden muss. Ziel ist **Segregation** und **Exklusion** durch **Inklusion** zu beenden. Sie ist dem Grundprinzip der **Diversität** verpflichtet. Ebenso sollen die sozialen Barrieren durch eine Reform der Regelpädagogik abgebaut werden, um Bildung auf Basis von menschenrechtlichen Prinzipien zu gewährleisten - durchgängig in allen Bildungsinstitutionen, privaten Dienstleistungen bis hin zum Arbeitsplatz

5

Die weniger gute Nachricht ist, dass das Unterrichtsministerium die Sonderschule zur UN-Konvention konform sieht. Vorstellbar ist der Behörde eine schrittweise Weiterentwicklung der Sonderschule bis zur flächendeckenden Integration in Regelschulen. Spezialschulen wie die Sonderschulen hätten jedenfalls eine Daseinsberechtigung.

Derzeit besteht für Eltern in Österreich die **Wahlmöglichkeit** ihr Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF) integrativ oder in einer Sonderschule unterrichten zu lassen. KritikerInnen meinen, durch verschiedenste Faktoren (lokale Traditionen und Einstellungen) sei diese Wahlmöglichkeit eingeschränkt.

Weiters hätte die Integration im Laufe ihres Ausbaus durch **Ressourcenkürzungen** mit immer schlechteren Bedingungen zu kämpfen.

Einigkeit zwischen BefürworterInnen und KritikerInnen herrscht darüber, dass Menschen mit Behinderungen - wachsen sie in Gemeinschaft mit nicht Behinderten auf - späterhin selbständiger sind und weniger Betreuung brauchen.

Der wesentliche **Unterschied** zwischen Integration und Inklusion besteht darin, dass Integration sich bemüht zuerst Ausgesonderte wieder ins Boot zu holen, während Inklusion die Verschiedenheit der Individuen als Prämisse anerkennt und deshalb keine Einteilung trifft. Alle Bedürfnisse der Individuen sollen durch Mitbestimmung und Mitgestaltung abgedeckt werden.

Studien widerlegen die am häufigsten vorgebrachten Kritikpunkte.

1. Hoch Begabte würden zu wenig gefördert. (Gegendarstellung: Vor allem die Stärksten profitieren davon)
2. Die Selektion bliebe aus, zu viele drängten zur UNI und immer weniger würden produktive Arbeit verrichten wollen.
3. Es gäbe SchülerInnen, die ihre Identität in den herkömmlichen Schultypen sozusagen unter ihresgleichen herausbilden. (Dies sei besonders bei Sinnesbehinderten der Fall)

Möglichkeiten sich weiter gehend zu informieren: <http://www.phwien.ac.at/forschung/buero-fuer-inklusive-bildung.html?L=xlpdydd%C3%B7%7Fnamsite%\%C3%90TR%ACp>
<http://www.ph-ooe.at/index.php?id=98>
siehe auch
<http://www.dielebenshilfe.at/Buero-fuer-inklusive-Bildung-e.830.0.html>



Mumia
Abu-Jamal

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!



Karl Fischbacher,
*apfl-Personalvertreter
PTS, 10. IB
und Sprecher des
Komitees „Solidarität mit
Mumia-Abu-Jamal“/Wien)*

Trotz der großartigen demokratischen Unabhängigkeitserklärung Amerikas 1776, die auf unveräußerlichen Rechten des Lebens, der Freiheit und dem Streben nach Glückseligkeit aller Menschen besteht, werden in der Mehrheit der Bundesstaaten in den USA noch immer Menschen hingerichtet. Seit 1976 wurden 1217 Menschen staatlich ermordet, von denen 42% AfroamerikanerInnen waren, obwohl diese nur einen Bevölkerungsanteil von 12,8% besitzen. Die Todesstrafe in den USA ist somit rassistisch!

Mumia Abu-Jamal, ein ehemaliger Radiojournalist, wurde 1982 in einem Gerichtsprozess mit einem rassistischen Richter und Staatsanwalt, mit bestochenen Zeuginnen und einer manipulierten Geschworenenjury für den Mord an einem Polizisten zum Tode verurteilt – für einen Mord, den er nicht begangen haben kann!

6

Mumia-Abu-Jamal ist wohl der „berühmteste“ Todesstrafenhäftling der USA, weil er seit Jahrzehnten von der Todeszelle aus mit Büchern und Artikeln gegen die Todesstrafe und die Ungerechtigkeiten in dieser kapitalistischen Welt anschreibt! Etliche Städte, wie zuletzt Paris, haben Mumia Abu-Jamal zum Ehrenbürger ernannt; Mumia Abu-Jamal ist ebenso Ehrenvorsitzender der österreichischen Journalistengewerkschaft!

2010 hat sich die Gefahr einer Hinrichtung Mumia Abu-Jamals wieder verschärft: Das zeigt auch, dass am 9. November ein US-Gericht in Pennsylvania darüber beriet, ob die Todesstrafe gegen Mumia Abu-Jamal bestehen bleibt oder in einem neuen Juryprozess in lebenslange Haft umgewandelt wird. Darin sieht man bereits, wie weit das US-amerikanische Gerichtswesen von seinen Wurzeln der amerikanischen Revolution abgekommen und rassistisch verkommen ist. Über einen gänzlich neuen Gerichtsprozess, in dem eine ganze Reihe neuer Beweise der Verteidigung über Mumia-Abu-Jamals Unschuld vorgebracht werden könnte, darf auch in den USA Barack Obamas nicht verhandelt werden ...

Unterschreibt bitte die Petitionen an Präs. Obama und an den US-Generalstaatsanwalt:

<http://www.labournetaustria.at/mum124.htm>

Die Verteidigung Mumia Abu-Jamals befindet sich in chronischen Geldnöten!

Bitte spendet für das Verteidigungsteam mit Robert R. Bryan:

<http://www.freedom-now.de/news/artikel666.html>

Mehr Informationen über Mumia Abu-Jamal:

<http://www.labournetaustria.at/mumia.htm>



Pensionsberechnung

- *rasch*
- *kostenlos*
- *genau und*
- *auch für Nicht-Gewerkschaftsmitglieder*

Kontakt: helmut.breit@chello.at

fax: 01 892 35 417 210

Adresse: 1170 Wien,
Behaimgasse 32/11

SchulinspektorInnen werden zu ManagerInnen

Offenbar hat sich die Frau Ministerin wieder Neues einfallen lassen. Sie lieferte einen Schulaufsichtsgesetz-Entwurf ab. Danach sollen ab 2012 die SchulinspektorInnen zu regionalen „QualitätsmanagerInnen“ werden, die mit dem Bund und den Schulen Zielvereinbarungen abschließen.(?) Die Ebenen der Schulaufsicht sollen aber erhalten bleiben. Und wir dachten die Bezirksebene (BSIs) der Schulaufsicht würde sinnvollerweise eingespart.

Bei all dem ist zu befürchten, dass wieder die Verquickung von pädagogischer Beratung und beurteilender Kontrolle festgeschrieben wird.

Der Entwurf durchläuft zur Zeit die Begutachtung. Wir wissen zwar nicht warum die ÖVP meint, der Entwurf sei nicht umsetzungsreif, teilen allerdings die Meinung, weil wir glauben, dass dies ohne schlüssiges Gesamtkonzept nur zur Erhaltung des status quo dient.

km

Klammheimlich

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt wurde das Pensionsrecht abermals drastisch verschlechtert (Anhebung von Abschlägen bei der Korridorpenion und der Langzeitversichertenregelung. Vertrauensschutz ist für die Herrschaften offensichtlich wurscht.

Die Gewerkschaft unternahm nichts. Unsere Reaktion blieb nicht aus. Wir forderten den Vorsitzenden der GÖD Fritz Neugebauer zum

RÜCKTRITT

auf. Seine Rechtfertigung:

- Er habe als Vorsitzender im Parlament nicht mitgestimmt.
- Sie werden alle Möglichkeiten der Reparatur ausschöpfen

Wer solche Interessensvertreter hat, braucht keine Feinde.

km